

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, Kay
Gottschalk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/9150 –**

**Globaler Süden und Globaler Norden als Kategorien in der Entwicklungspolitik
aufgeben**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, aktuelle Begriffe der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) nicht mehr zu verwenden und stattdessen zu früher üblichen Begriffen zurückzukehren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/9150 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2024

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender

Sanae Abdi
Berichterstatlerin

Volkmar Klein
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatlerin

Till Mansmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sanae Abdi, Volkmar Klein, Deborah Düring, Till Mansmann und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/9150** in seiner 134. Sitzung am 9. November 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. einen entwicklungspolitischen Ansatz zu verfolgen, bei dem die üblichen Bezeichnungen von „Industriena-tion“, „Schwellenländern“ und „Entwicklungsländern“ verwendet werden sollten, um die durch die Kunstbegriffe „Globaler Süden“ und „Globaler Norden“ bezweckte entwicklungspolitische Kategorisierung der Welt in bevor-zugte und benachteiligte Staaten sowie jegliche Form von Schuld- und Opferpolitik im Rahmen der deutschen EZ zu überwinden;
2. die deutsche Entwicklungspolitik auf eine marktnahe wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Wohle der deut-schen Wirtschaft und der afrikanischen Partner strategisch auszurichten;
3. damit einhergehend die Eigenverantwortung der Partnerländer der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu stärken, statt Entwicklungshilfe mit Kunstbegriffen aufrechtzuerhalten.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/9150 in seiner 49. Sitzung am 17. Ja-nuar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/9150 in seiner 49. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** erläutert, dass der Begriff Globaler Süden sehr unpräzise sei, weil Staaten wie Senegal, Pakistan, Kolumbien und Madagaskar in einer Kategorie zusammengefasst würden. Das sei nicht differenziert und zielgerichtet genug. Der Begriff impliziere gleichzeitig einen gewissen Schuld kult des Globalen Nordens, der vermeintlich eine historische Schuld trage und den Globalen Süden retten müsse. Das führe zu Auswüchsen und so sehe die Bundesregierung es als ihre Aufgabe an, Kohlendioxid in Peru einzusparen. Es gebe kein eindeutiges Kriterium, nach dem die Staaten eingeteilt würden. Differenzierte Begriffe seien deshalb besser geeignet.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass der von der Antragstellerin verwendete Begriff „Entwicklungshilfe“ viel problematischer sei. Die Fraktion der AfD fordere in ihrem Antrag die Kategorien Globaler Süden und Glo-baler Norden aufzugeben und eine marktnahe wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Eigenverantwortung der Partnerstaaten zu fördern. Dem widerspreche sie aber, wenn sie gleichzeitig von „Entwicklungshilfe“ spreche. Es sei entlarvend, dass die Begrifflichkeiten nicht mit strukturellen Ungleichheiten begründet würden, sondern aus-schließlich mit der Angst der Industriestaaten vor einer Bringschuld.

Die **Fraktion der CDU/CSU** weist darauf hin, dass zusammenfassende Begrifflichkeiten automatisch Nachteile hätten, weil Verkürzungen dieser Art die Vielfalt der Realität nicht komplett wiedergeben könnten. Der Begriff Globaler Süden sei schon deshalb unscharf, weil Staaten des Globalen Nordens wie Australien auf der Südhalbkugel der Erde lägen. Es stehe jedem frei, eigene Versuche einer jeweiligen Zusammenfassung begrifflich umzusetzen. Es ständen aber viel wichtigere Fragen im Raum, so dass es nicht sinnvoll sei, die Frage des Etikettenanhangs vertieft zu debattieren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, dass die Fraktion der AfD mit dem Antrag versuche, den Menschen vorzuschreiben, wie sie bestimmte Sachen nennen sollten. An anderer Stelle kritisiere die Antragstellerin immer gerne vermeintliche Versuche anderer, Begriffe vorzuschreiben. Daran könne man sehen, dass der Antrag nicht sehr schlüssig sei. Wenn man den Tschad nicht mit Kolumbien vergleichen könne – was nachvollziehbar sei – dann helfe es überhaupt nicht weiter, beide Staaten wieder als Entwicklungsländer zu deklarieren. Dadurch werde nicht differenziert. Der Begriff des Globalen Südens sei zunächst eine Eigenbezeichnung gewesen. Die Menschen, die sich diesen Staaten zugehörig fühlten, hätten diesen Begriff selbst gewählt. Der entscheidende Punkt sei, dass es nicht um den geografischen globalen Süden gehe, sondern um einen strukturpolitischen Punkt. Es seien Staaten gemeint, die unter anderem aufgrund von Kolonialismus und Ausbeutungsstrukturen heute bei bestimmten strukturellen Aspekten in der gesamten Welt benachteiligt seien. Der Antrag mache wieder einmal sichtbar, dass die Fraktion der AfD immer Konzepte, Begriffe und Inhalte aufgreife, die vermeintlich alte Ideologien und Diskriminierungsstrukturen abschaffen sollten, um dann ihre eigene, rassistische, menschenverachtende und abstruse Ideologie zu verbreiten und jegliche globale Solidarität und Verantwortung abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** macht deutlich, dass die Antragstellerin immer vor der Sprachpolizei warne und jetzt anderen Vorschriften machen wolle, wie sie sprechen sollten. In der Begründung werde klar, dass es um ganz andere Sachen gehe und eine Stellvertreterdiskussion geführt werde. Wenn die Antragstellerin sage, es sei nicht die deutsche Aufgabe, Kohlendioxid in fernen Ländern zu reduzieren, dann gebe es an dieser Stelle einen inhaltlich großen Konflikt. Es sei nämlich durchaus die deutsche Aufgabe, weil es eine globale Aufgabe sei, die in Deutschland Verfassungsrang habe und da müsse Deutschland global mitwirken. Kohlendioxidemissionen müssten reduziert werden, auch in fernen Ländern, was unter Umständen sehr viel finanzeffizienter sein könne als es in Deutschland zu machen. Die Schulddebatte, die die Fraktion der AfD anstoße, sei in Wirklichkeit eine Leistungsfähigkeitsdebatte. Im deutschen Steuerrecht gebe es eine Leistungsdefinition, die man durchaus auch global abgebildet sehen könne. Das würde bedeuten, dass die Staaten, die eine größere Leistungsfähigkeit hätten, globale Probleme zu lösen, sich stärker in die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten einbringen sollten. Statt die EZ fundamental abzulehnen und eine Sprachdiskussion vorzuschieben, sollte die Fraktion der AfD darüber nachdenken, wie sie moderne EZ und die Herausforderungen definieren würde und welchen Weg sie für richtig halte. Das sei besser, als immer nur das abzuwerten und anzugreifen, was die anderen Fraktionen in einer sehr konstruktiven Diskussion gemeinsam entwickelt hätten.

Berlin, den 17. Januar 2024

Sanae Abdi
Berichterstatlerin

Volkmar Klein
Berichterstatler

Deborah Düring
Berichterstatlerin

Till Mansmann
Berichterstatler

Dietmar Friedhoff
Berichterstatler